



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

25.02.03

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 24.02.03

Presseerklärung

1. Besetzung Rechtsdezernat

Nach der gestrigen Vorstellungsrunde der Bewerber für das Rechtsdezernat hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übereinstimmend festgestellt, dass sich aus ihrer Sicht keiner der Kandidaten überzeugend dargestellt hat. Inhaltlich waren die Äusserungen aller Bewerber zur Migrationspolitik sowohl in der Beschreibung der gesellschaftlichen Problematik als auch in den Vorstellungen zur Integrationsförderung unzureichend und wenig konstruktiv.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich nach dem Wechsel von Frau Greive zu den städtischen Kliniken dafür eingesetzt, das Rechtsdezernat nicht neu zu besetzen, die Aufgaben neu zu verteilen und damit auch die Verwaltungsspitze im Sinne der allgemeinen Verwaltungsstrukurreform zu verschlanken. Eine rechtliche Beurteilung der Situation ergab zu diesem Zeitpunkt, dass eine Besetzung des Dezernates nicht zwingend notwendig ist.

Nachdem nunmehr klar ist, dass es keine Verständigung der Fraktionen auf einen der Bewerber gibt, sollte das Bewerbungsverfahren eingestellt werden und der Neuzuschnitt der verbleibenden Dezernate zunächst für diese Ratsperiode unverzüglich erfolgen. Die Arbeitsfähigkeit der Verwaltungsspitze ist damit aus unserer Sicht ausreichend gewährleistet. Mit der Einsparung der nicht unerheblichen Personalkosten kann darüber hinaus der Wille zur sparsamen Haushaltsführung öffentlich dokumentiert werden.

2. Musikstandort Dortmund:

Die Hiobsbotschaft der letzten Wochen und Monate betrifft die drohende Auflösung des Musikhochschulstandortes Dortmund. Der Vorschlag der Landesregierung traf besonders hart, weil sich Dortmund durch den Bau des Konzerthauses und die beabsichtigte Nachbarschaft mit der Musikhochschule eine überregionale Profilierung als Musikstandort erhofft hatte. Mit der geplanten Auflösung bzw. Verlagerung der Dependence der Musikhochschule Detmold ließe sich dieses Ziel nicht verwirklichen.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Entgegen der öffentlich vorgetragenen Äußerungen zur Kompensation des Verlustes durch die Ansiedlung einer Orchesterakademie sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Auffassung gelangt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestenfalls von einem ministerialen Trostpflaster die Rede sein kann, das zwar als Ersatz für die Musikhochschule verkauft wird, diesem Anspruch aber in keiner Weise genügt.

Eine Orchesterakademie macht paradoxerweise nur Sinn, wenn es vor Ort und am besten in räumlicher Nähe eine Musikhochschule gibt, die den musiktheoretischen Unterricht der angehenden OrchestermusikerInnen gewährleistet. Wenn diese wesentliche Voraussetzung nicht erfüllt ist, macht eine eigene Akademie keinen Sinn.

Auch in anderer Hinsicht scheint es sich bei dem Vorschlag für eine Orchesterakademie eher um eine Luftnummer zu handeln. Weder der Vorbildcharakter des „partnerschaftlichen Institutes“ noch die Riesenchance für Dortmund ist zu erkennen. Die personelle und finanzielle Ausstattung des wie auch immer strukturierten Institutes bleibt ebenso nebulös wie die mögliche Anzahl von Auszubildenden. Ein Ausbildungskonzept ist nicht im entferntesten zu erkennen.

Grundsätzlich ist eine weiterführende Ausbildung und Qualifizierung von begabten Musikhochschulabsolventen zu begrüßen. Da sich die Einrichtung der Orchesterakademie und die Auflösung des Musikhochschulstandortes in der Zielsetzung widersprechen, sollte sich der Oberbürgermeister dafür einsetzen, dass die Aufgabe von Nebenstandorten nochmals überprüft wird. Denkbar wäre eine Umstrukturierung mit dem Ziel einer Spezialisierung des Standortes auf die Aus- bzw. Weiterbildung zum Orchestermusiker, wobei Dortmund in diesem Fall tatsächlich überregionale Magnetfunktion gewinnen könnte. Der Bedarf ist durchaus vorhanden.

Damit soll das Bemühen der Landesregierung, die Musikhochschulstandorte auf Hauptstandorte mit spezifischen Funktionen zu reduzieren, nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Eine Spezialisierung macht sicherlich Sinn. Wir werden uns in diesem Sinne für den Standorterhalt einsetzen, wobei die Studieninhalte und die Auswahl des Lehrpersonals den Ausbildungszielen angepasst werden müssten.

3. Standort Kinder- und Jugendtheater

In Anbetracht der Tatsache, dass die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord einen Antrag stellt, die Eislaufhalle als neuen Standort für das Kinder- und Jugendtheater zu nutzen, plädieren wir nochmals für einen gründlichen und alle Aspekte berücksichtigenden Abwägungsprozess, in dessen Verlauf sowohl Standortvor- und Nachteile sowie Umbau- und Betriebskosten dargestellt und bewertet werden.

Gegen die Umnutzung der Eislaufhalle spricht, dass eine Anbindung an bestehende Theatereinrichtungen nicht gegeben ist und Synergieeffekte im Bereich Personal, Werkstätten etc. entfallen, dagegen in jedem Fall Mietkosten entstehen würden.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Eine Entscheidung für den Standort Hiltropwall würde Einsparkosten von ca 10% allein durch die Anbindung an die vorhandene Haustechnik erbringen. Die sonstigen Synergieeffekte sind ebenfalls erheblich.

Ein weiteres wesentliches Argument für den Anbau an das Schauspielhaus ist die Heranführung des jungen Publikums an Theaterbesuche und einer Identifikation mit dem Theaterstandort.

Anders als Oberbürgermeister Langemeyer halten wir frühzeitige Überlegungen zum zukünftigen Standort des Kinder- und Jugendtheaters für notwendig. Zum einen ist der Verkauf des Grundstücks Skellstraße Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes; die Aufgabe des Standortes ist absehbar. Zum anderen garantiert die Standortentscheidung den langfristigen Fortbestand dieser Sparte als wichtigen Baustein für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt. Wie Oberbürgermeister Langemeyer dazu kommt, die Planungen als unrealistisches und wahlkampfmotiviertes Projekt vom Tisch zu wischen, ist vor diesem Hintergrund unverständlich.

Wir werden die Verwaltung auffordern, den zuständigen Ausschuss über das weitere Verfahren zu informieren und auf eine zeitnahe Entscheidung drängen.